

# **DIE LINKE. Sachsen**

## **Landesvorstand**

### **Niederschrift der Klausur des Landesvorstandes am 14. – 16. November 2014**

#### **Teil 2: 15. November 2014**

Ort: Hotel Elbflorenz Dresden

#### **Anwesende Mitglieder:**

Fabian Blunck (mit Unterbrechung wegen Demo), Sarah Buddeberg (mit Unterbrechung wegen Demo), Antje Feiks, Rico Gebhardt, Stefan Hartmann, Jayne-Ann Igel, Claudia Jobst (ab 14.45 Uhr), René Jalaß, Susanna Karawanskij, Silvio Lang (ab 15.50 Uhr), Tilman Loos, Verena Meiwald (mit Unterbrechung wegen Termin), Sabine Pester, Heinz Pingel, Michaela Vogel, Dagmar Weidauer,

#### **Entschuldigte Mitglieder:**

Cornelia Falken, Heiko Kosel, Kevin Reißig, Heiko Rosenthal, Efstathios Soudias, Juliana Zybul

#### **Gäste/Mitarbeiter:**

Luise Neuhaus-Wartenberg (Sprecherin LaRa), Michael-Alexander Lauter (Sprecher LaRa), Ralf Becker (Sprecher LaRa)

#### **Niederschrift:**

Robert Wünsche

#### **Vorgelegte Drucksachen / Unterlagen / Protokolle zur Information:**

##### Drucksachen:

- DS 4 – 223 Wahlkampfkosten Unterstützung Kreisverbände
- DS 4 – 224 Schulungen in den Kreisverbänden
- I 4 – 208 Organisatorische Wahlauswertung – erster Entwurf (Workshop)
- B 4 – 194 Erste Auswertung der Wahlergebnisse zur Landtagswahl 2014 (Workshop)
- „Nach dem Wachstum ist ...“ Zur Lage der LINKEN nach den Wahlen 2014; Horst Kahrs, Rosa-Luxemburg-Stiftung (Workshop)
- DS 4 – 218 Besetzung der Stelle der/des JugendkoordinatorIn der LINKEN Sachsen – intern -
- DS 4 – 219 Archiv und Lohnarchiv
- DS 4 – 220 Erklärung zur Unrechtsstaatdebatte
- DS 4 – 222 Ermöglichung der Teilnahme am 31C3 (31th Chaos Communication Congress) vom 26. bis 30.12.2014 in Hamburg
- DS 4 – 225 Abrechnung 1.-3. Quartal (Landesvorstand) – intern -
- DS 4 – 226 Entwurf zur Auswertung des Dialoges für Sachsen
- DS 4 – 227 Mitgliederentwicklung im Landesverband – intern -

##### Umlaufmappen:

ISOR aktuell September & Oktober 2014  
LINKER Blick & Vogtlandbote Oktober 2014 – KV Vogtland & Zwickau  
DISPUT Oktober 2014  
Mittelsächsische Linksworte Oktober 2014 – KV Mittelsachsen  
DIE LINKE im Erzgebirgskreis September 2014 – KV Erzgebirge  
LiLi Oktober 2014 – OV Limbach-Oberfrohna  
Der klare Blick November 2014 – SV Chemnitz  
DIE LINKE international 2/2014  
Mitteilungen der KPF 11/2014  
Löwenzahn 2/2014 – SRF Leipzig  
Jugend & Gewalt aktuell 8/2014

Chronik 2012 – 2013 – Netzwerk für demokratische Kultur e.V.  
 KPF Sachsen – Einladung Landeskonzferenz 23.11.2014  
 Bündnis 90/DIE GRÜNEN – Einladung LPT 5./6.12.2014  
 Drucksache der Fraktion zur Bildung einer Arbeitsgruppe zur Errichtung von Regionalstellen der Abgeordneten; EinreicherInnen: AG Regionalstellen inkl. Anlagen

**Tagesordnung:**

	<b>Tagesordnungspunkt</b>	<b>Drucksachen</b>
9:30 – 13:00	Wahlauswertung nach folgenden Schwerpunkten in Arbeitsgruppen 1. Organisatorische Auswertung des Wahlkampfes 2. Zahlen, Zahlen, Zahlen und mögliche Schlussfolgerungen gemeinsam: Herausforderungen, vor denen wir stehen	I 4 – 208 „Nach dem Wachstum ist...“ Kahrs / B 4 - 194
13:00 – 14:00	Mittagspause	
14:00 – 15:00	Arbeitsgruppen im Landesverband – Auswertung dessen, was seit 2009 geschafft wurde und wie weiter?	
15:00 – 16:00	Auswertung Dialog für Sachsen – Auswertung und wie weiter?	DS 4 – 226
16:00 – 16:15	Pause	
16:15 – 16:30	Mitgliederentwicklung im Landesverband (Austritte wegen Unrechtsdebatte → ggf. auch mit Kreisvorsitzenden besprechen)	DS 4 - 227
16:30 – 17:00	Positionierung des LaVo zum Archiv	DS 4 - 219
17:00 – 18:30	Finanzen 3. Quartal / Finanzen auf Landes- und Bundesebene für 2015 und darüber hinaus / Personalplanung im Landesverband / Tarifverhandlungen	DS 4 - 225
18:30 – 19:30	Abendessen	
19:30 – 21:00	Sonstige Anträge: Erklärung zur Unrechtsstaatdebatte / 31. Chaos Communication Congress / Besetzung JuKoo-Stelle / Sommerakademie 2015	DS 4 – 220 / DS 4 – 222 / DS 4 – 218

**Samstag, 15. November 2014**

**TOP 1 – Auswertung Workshops zur Wahlauswertung**

Auswertung Workshop 2, „Zahlen, Zahlen, Zahlen“:

- Auseinandersetzung vor welchem Hintergrund die Wahlauswertung erfolgen sollte → vor dem Hintergrund der Wahlen, auf Bund bezogen nach 2009 oder auch die vorherigen Perioden oder in den letzten 2-3 Jahren
- Befund der RLS: alle Wahlen, die nach dem Cluster 2008/09 stattgefunden haben, hat die LINKE überall Verluste hinnehmen musste
- verschiedene Gruppen: 1. Leichte Thüringen (Verluste nur absolut, nicht in Prozenten, Hamburg ebenso, Hessen ebenfalls prozentual nahezu gleich, Verluste nur absolut; in diese Kategorie gehört auch Sachsen
- die Regionen/Länder, die bei 90% ihres Ergebnisses einfahren - setzen sich vom Bundestrend ab
- zweite Gruppe: wird angeführt von der Bundespartei; im Vergleich zu 2009 wird nur noch ein Ergebnis von 2/3 bzw. 3/4 des Wahlergebnisses erreicht
- in diese Kategorie fallen auch Brandenburg, Bremen und Saarland - diese Länder befinden sich absolut im

- Bundestrend und weichen von dessen Entwicklung nicht ab, bzw. befinden sich genau darin, dabei befinden sich ostdeutsche Landesverbände ebenso in dieser Gruppe wieder wie westdeutsche Landesverbände
- dritte Gruppe: die Hälfte bzw. unter der Hälfte des vorangegangenen Ergebnisses haben diese bei den letzten Wahlen erreicht (sowohl prozentual, als auch absolut), z.B. Bayern, NRW, Niedersachsen, Schleswig-Holstein
- in der 3. Gruppe gibt es durchaus große Differenzen in der strategischen Aufstellung zu den Landtagswahlen, bzw. mit welcher Haltung die Wahlen durchgeführt werden sollten, so dass daraus keine Verallgemeinerung her leitbar ist.

#### Arbeitsthese:

- es kann nicht geschlussfolgert werden
- Sachsen ist kein Sonderfall - die Ergebnisse ordnen sich mit leichten Differenzen in den Bundestrend und anderer Bundesländer ein - Sachsen ist keine Ausnahme, sondern befindet sich im Trend
- dieser Trend ist nicht gebrochen worden durch eine differenzierte Wahlstrategie in Sachsen oder anderen Ländern - Korrekturen können nur minimal herbeigeführt werden, aber nicht grundsätzlich aufgehoben werden - keine Länderstrategie kann den Bundestrend grundsätzlich durchbrechen

#### Aus der Diskussion:

- Hinweis der Besonderheit in den Ostländern ist die demografische Entwicklung, welche sich sowohl in der Zusammensetzung in der Wählerschaft auswirkt, als auch auf das Ergebnis in absoluten Zahlen
- besonders bemerkenswert ist das Wahlverhalten bei den über 70 Jährigen als auch bei den Erstwähler/innen, wo die Linke unterrepräsentiert ist
- die Wähler/innenschaft im Westen setzt sich anders zusammen, was wiederum unterschiedliche Ursachen für den gesamten negativen Trend vermuten lässt
- es gibt keinen politischen Umgang mit diesem Phänomen, sondern lediglich analytisch
- die 2. These ist problematisch: man könnte daraus schlussfolgern, dass eine bestimmte Beliebtheit möglich wäre, also dass die Strategien unwichtig sind - man muss trotzdem den Bezug herstellen zwischen Strategie und Ergebnis
- mit diesem Abwärtstrend seit 2009 nähern wir uns den gesamtgesellschaftlichen Realitäten und befinden uns in der Entwicklung in diesem Trend
- wir machen uns an vielen Stellen, gerade bei Umfragen, etwas vor
- im Osten entwickeln wir uns zu einer Partei, die vor allem in Metropolen stark sein kann
- nicht nur Wahlkreisanalyse sondern auch Wahlbezirksanalyse - welche Schichten sind das, die für Zuwächse sorgen, welche Milieus → -vor allem dort analysieren, wo es horrenden Verluste und Gewinne gibt
- auch analysieren, warum wir dort, wo wir schon gute Wahlergebnisse hatten und erneut Zugewinne machen konnten
- nicht alles was sich in Wahlergebnissen widerspiegelt können wir beeinflussen bzw., ist auf die Art und Form unseres politischen Angebots zurückführbar
- möglicherweise ist es schwere Vergleichbarkeit in der Analyse, da die Zahlen qualitativ so sehr unterschiedlich
- langfristige Wähler/innenbindung, auch über Themen bei den 30 Jährigen ist wichtig, damit es nicht so volatil bleibt
- Frage ist, ob schon alle Strategien erprobt worden → gibt es auch eine Strategie, um den Bundestrend zu ändern
- Problem der Vielfalt von Antworten auf das Wahlergebnis - Kernthemen Fokussierung, Zuspitzung, Regionalisierung von Themen - also verschiedene Ansätze von Problemlösungen
- Rückführung der Strategie auf Wahlergebnisse nicht wirklich als Zusammenhang darstellbar
- die allgemeine Darstellung oder durchschnittliche Betrachtung der Wahlergebnisse verschleiert, wo tatsächlich zugelegt wurde, beim Beispiel Leipzig zeigt sich, dass das nur sehr partiell stimmt oder Zugewinne stattgefunden haben
- unterschiedliche Voraussetzungen in der Bundesrepublik - zum Teil keine Chancen in Landtage zu kommen
- es erfordert Mut neue Dinge auszuprobieren - Angst und Befriedungstaktiken verhindern das
- Bundespartei steuert auf eine Art Entpolitisierung zu
- Kultur des Zuhörens nicht wirklich konsequent praktiziert worden - ansatzweise mit Dialog für Sachsen gelungen
- wir befinden uns im Kontext einer sehr entpolitierten Gesellschaft

Kahrs-Papier:

- Problemstellung: tagespolitische Momentaufnahmen und längerfristige Trends sind nicht deckungsgleich und stehen in einem gewissen Spannungsverhältnis

Auswertung Workshop 1, „Organisatorische Auswertung des Wahlkampfes“:

siehe Anlage Fotodokumentation

aus der Diskussion:

- auf der Ausführungsebene sehr gutes Wir-Gefühl; auf der Funktionsebene weniger gutes Wir-Gefühl
- „viel Kommunikation“ vs. „Einzelgänge“ ist zwiespältig; man sollte breit kommunizieren; Partei ist aber nicht verantwortlich, wenn Leute E-Mails nicht lesen oder konsequent nicht zum Wahlplenum kommen
- Widerspruch: ist zwar richtig, indirekt aber trotzdem Problem der Partei
- Widerspruch: wenn ein KV sich nicht beteiligt, erhöht sich die Wahrscheinlichkeit auf Alleingänge
- Leute, die sich nicht einbringen und Alleingänge machen, sollten weniger Subventionierungen aus gemeinsamen Töpfen bekommen
- wenn Layout und die geschützte Marke ‚DIE LINKE‘ verhunzt werden, dann müssen Layout-Unfälle im schlimmsten Fall wieder eingestampft werden
- Widerspruch: zwiespältige Sache: „Durchsetzung Corporate Design“ vs. „Mitmach-Wille der GenossInnen“
- Widerspruch: in Nordwestsachsen Bsp. von Inaktivitäts-Androhung, wegen Verprellung
- es geht nicht um Flyer der Basisorganisation XY, sondern darum, dass im Wahlkampf in der Dimension von Großflächen Layout-Unheil begangen wurde
- es geht nicht um Flyer-Individualitäten, sondern um wirkliche Unfälle
- Positiv-Beispiel aus Mittelsachsen: „Wenn ihr Eigenkreationen macht, dann müsst ihr das selbst finanzieren. Wenn ihr euren Eigenkreationen mit dem Kreisvorstand /Layoutservice der Landesgeschäftsstelle abstimmt, übernimmt der Kreisverband 50% der Druckkosten.“
- das Problem der „Privatisierung des Wahlkampfes“ hat es in mindestens zwei Fällen geben; ist also ein Problem, was vor Ort geklärt werden sollte
- Widerspruch: zwei oder mehr Wahlkreise sind kein einmaliges Problem
- überdenken: Wahlplenum - Kreisverbands-Einbindung
- positiv und immer wichtiger: fertige Landesverbandsangebote, die die Kreisverbände einfach annehmen können
- Gleichbehandlungsproblem aller Kandidat/innen (obwohl es in diesem Wahlkampf besser war, als vor 5 Jahren)

## **TOP 2 – Anträge: Wahlkampfkosten Unterstützung KV (DS 4-223) Windows-, MGL4web- und Datenschutzschulungen (DS 4 – 224)**

Wahlkampfkosten – Unterstützung der Kreisverbände (DS 4 – 223)

- 2013 hat der Landesvorstand Versandkosten des Onlineshops als Unterstützung übernommen, da der Shop noch in Aufbau war
- 2014 sollten die Kreisverbände normal die Versandkosten übernehmen
- da allerdings für einige Kreisverbände das System noch relativ neu ist und damit die Kosten schwer kalkulierbar waren, sollten wir überlegen, ob wir unterstützen
- Vorschlag: Teilsubventionierung; mit Deckelung, um sinnvolles Bestellen zu fördern
- Widerspruch: es gibt Kreisverbände, die aufgrund ihrer Größe mehr bestellen müssen
- Widerspruch: Versandkosten waren nicht richtig ausgewiesen
- Widerspruch zum Widerspruch: es handelt sich nicht um einen kommerziellen Shop, sondern unser Verteilsystem
- Wahlplenum kein Diskussions-Forum, sondern wahlkampfbeschließendes Gremium
- Wahlplenum hat Info bekommen, dass 2013 Übernahme der Versandkosten erfolgen und 2014 nicht mehr
- im Sinne der besseren Kommunikation, sollten solche Fragen protokollarisch besser festgehalten werden

Verständigung:

→ Die Landesgeschäftsstelle kommuniziert mit der Firma Siblog, um die Versandkosten transparenter gestaltet einzuprogrammieren.

Abstimmung:

→ Änderungsantrag: „Deckungssumme erhöhen; max. 500,00 €“: 6 dafür / 3 dagegen / 1 Enthaltungen → **angenommen**

→ Gesamtantrag: **einstimmig beschlossen**

Schulungen in den Kreisverbänden (DS 4 – 224)

- Thema im Wahlkampf etwas untergegangen
- umfasst: Datenschutzschulung, MGL4Web-Schulung, Beratung/Schulung zu Office-Anwendungen
- Warum benutzen wir keine Freeware? → weil nicht alle Leute damit umgehen können

Abstimmung: **einstimmig beschlossen**

→ Die Kreisverbände werden gebeten, ihre Termine für Schulungen mit der Landesgeschäftsstelle abstimmen.

Zwischeninfo Rico Gebhardt:

- Paritätische Wohlfahrtsverband in Sachsen hat Horst Wehner mit 92 von 94 Stimmen zum Vorsitzenden gewählt

### **TOP 3 – Aufgabengruppen im Landesverband /Auswertung dessen, was seit 2009 geschafft wurde und wie weiter?**

- Treffen zur Wiederbelebung der AG´s wegen Streikwochenende sehr gering besetzt

Susanna Karawanskij – Kommunalpolitik:

- Aufgabe „Förderung und Organisation der Vernetzung der kommunalen Amts- und MandatsträgerInnen und linken Menschen, die Wahlämter bekleiden mit der Landtagsfraktion, den Parteigremien und dem Kommunalpolitischen Forum“ hat funktioniert
- Aufgabe „Die Unterstützung der AG Parteientwicklung bei der Erstellung des Personalentwicklungskonzeptes II, welches besonders auf Wahlämter fokussiert. Bestandteil dessen sollen auch Anforderungen und konzeptionelle Vorschläge sein, wie wir mehr links denkende Menschen in Verwaltungen bringen können“ hat die AG getan; Fruchtbarkeit sollte evaluiert werden
- Aufgabe „Überarbeitung und Neuformulierung der Kommunalpolitischen Leitlinien der LINKEN Sachsen im aktiven Diskurs mit KommunalpolitikerInnen um die Kommunalwahlen im Jahr 2014 vorzubereiten. Inhaltliche Vorbereitung des Kommunalpolitischen Parteitags und Organisation von Regionalkonferenzen zur breiten Diskussion“ hat funktioniert; es gab keine Regionalkonferenzen, sondern Kommunalkonvent; Leitlinien wurden beschlossen
- zu klären, ob AG Kommunalpolitik neben der LAG noch notwendig ist

Sabine Pester /Stathis Soudias — Mitgliederentwicklung/-leben, Parteileben, Politische Bildung:

- Arbeitsgruppen haben alle getagt; Projekte wurden teilweise umgesetzt (Sommerakademie, Mentoring, ...)
- Schulungsangebote wurden aktiv nur im SV-Leipzig weiter genutzt
- Parteientwicklungsfragen nur in einigen Kreisverbänden behandelt

aus der Diskussion:

- AG Mitgliederentwicklung/-leben hat Mitmachen-Broschüre erstellt (Anlauf-Infos für Neumitglieder)
  - AG Politische Bildung hat sich unter anderem um Personalentwicklungskonzept gekümmert; wurde auf breiter Basis (sog. ‚Kleiner Parteitag‘) diskutiert; leider viele Gedanken nicht umgesetzt;
  - Kommunikations-/Vermittlungswunsch unterschiedlich:
    - meist ältere Menschen wollen Frontalreferat + anschließende Diskussion
    - meist jüngere Menschen wollen Teil des Prozesses sein
- Den Kreisverbänden wurde vorgeschlagen, politische Bildungsangebote an Veranstaltungen anzuhängen (z.B. Kreisparteitag, ab 15 Uhr Bildungsveranstaltung)

- weitere Probleme: mangelnde Priorisierung, mangelnde Zeit, Tragfähigkeit in Kreis-/Ortsverbänden muss erörtert werden
- Brauchen wir eine systematische Bildung? → Wir haben Angebote z.B. über Rosa-Luxemburg-Stiftung, die wir nur verknüpfen müssen. Dazu müssen vorher Defizite rausgefunden werden. vs. „Leute sollen selbst entscheiden, welche politische Bildung sie benötigen.“
- es gibt viel Wissenspotential in der Partei, welches nicht genutzt wird
- aufgrund der Ressourcen der Partei die Angebote externer Anbieter nutzen (inhaltlich z.B. Rosa-Luxemburg Stiftung, kommunalpolitisch: Kommunalpolitisches Forum); das muss breiter kommuniziert werden
- Einspruch: viele Veranstaltungen finden nur in den Großstädten statt
- Anspruch der AG Politische Bildung war, die Katalogisierung und Vernetzung der Bildungsangebote
- Fazit: Angebot ist da, Partei nimmt es nicht an
- Übergang von sporadischer zur systematischer politischer Bildung notwendig

→ Vorschlag: *Die Kreisverbände werden gebeten, im ersten Quartal 2015 zu entscheiden, welche Unterstützung Sie von den AGs benötigen.*

- Landesvorstandsmitglieder kommen in die Kreise, um die Stimmung einzufangen (VA: Stathis, Sarah [unter Vorbehalt, dass sich mehrere Personen finden], n.N., n.N., n.N.)
- Im März muss entschieden werden, welche Arbeitsgruppe(n) geschaffen werden sollen.

→ verschoben auf morgige Beratung mit den Kreisvorsitzenden, ob es überhaupt Bedarf gibt

- Prinzip „Opa erzählt vom Krieg“ ist schon ok; Parteistruktur muss angeschaut werden:
  - Ortsverbänden mit eher älteren GenossInnen
  - mittelältere GenossInnen (meist in Erwerbsarbeit)
  - schon eingebundene Menschen
- für jüngere Menschen kaum kompatible Angebot (außer z.B. Sommerakademie)

→ Die LGF wird die AG Kommunalpolitik 2015/2016 mit auf den Arbeitsplan setzen

#### **TOP 4 – Auswertung Dialog für Sachsen – Auswertung und wie weiter? (DS 4 – 226)**

##### aus der Diskussion:

- Auswertung sehr detailreich
- vielen Leuten ist nicht klar, wozu der „Dialog für Sachsen“ notwendig war
- „Erkenntnis adhocacy – nicht mit uns“ (Online-Prozess zur Dokumenten-/Papier-Entwicklung):
  - ein Thema wird nur behandelt, wenn es für Menschen relevant ist, was hier nicht der Fall war
  - es gibt noch weitere Elemente, die man besser nutzen kann (z.B. Etherpad)
- „Überparteilichen und gesellschaftlichen Dialog stärken: Es ist zu hinterfragen, was die Leute von uns erwarten, die uns wählen und uns nahe stehen. Und daraus ist dann in einem zweiten Schritt abzuleiten, was wir wollen und wo wir unsere Schwerpunkte setzen.“
  - Gedanke ist eventuell verkehrt herum gedacht
  - beides verbinden: unsere vorhandenen Themen behandeln; den Zeitgeist in Erfahrung bringen und unser entsprechendes Thema in den Fokus rücken (Politik des Zuhörens)
  - Partei könnte auch ohne Wahlen existieren (nur wesentlich kleiner) – Aspekt „Meinungen von Menschen erfragen“ ist aber (für Partei, Fraktion und unser KandidatInnen) durchaus wichtig
  - Darstellungsformen wie „einfache Anschauungsmaterialien“ haben gut funktioniert; kompliziertere Formate wurden schlechter angenommen
  - Darstellungsform „einfache Anschauungsmaterialien“ wird hinterfragt, ob wirklich gelesen wird; liegt unter anderem an Papier-Überflutung in der Partei
  - Broschüre war z.B. sehr gut als Nachschlagewerk für Veranstaltungs-Orga
- „Öffentliches Wirken optimieren: Pressemitteilungen sprechen keine ‚normale Menschen‘ an“
  - müssen sie nicht; sollen Journalisten ansprechen
- schwierig ist das überfüllende Angebot an Formaten, Arbeitsgemeinschaften, etc., welche die GenossInnen stückweit überforderten
- unvorteilhaft war, dass es über den „Dialog für Sachsen“ sehr viel falsche Kritik gab
- Dank an die Mitglieder der Steuerungsgruppe für ihre Engagement

- einige Neuerungen möchte man nicht mehr missen
- Projekt sollte fortgeführt werden
- sehr interessantes Auswertungspapier; sehr positiv ist auch die selbstkritische Auswertung: Welche Teilprojekte haben funktioniert? Welche nicht?
- im „Dialog für Sachsen“ wurde ein Fundus an Methoden geschaffen
- Problem des Projekts: „Es fehlt der lange Atem.“ – es benötigt Leute, die Ideen entwickeln und Projekte managen
- Problem, dass das kollektives Gedächtnis der Partei relativ kurz ist; trifft sowohl auf gute als auch schlechte Erkenntnisse zu
- viele gute Erkenntnisse durch den „Dialog für Sachsen“:
  - Abgeordnete öffnen sich bei Parteipapieren nach außen
  - Leitliniendebatte
  - Online-Angebote
  - auch Erfahrungen zu Methoden, die weniger gut funktioniert haben
  - Erkenntnisgewinn: nicht nur Umsetzungswille, sondern auch Tragweite/Machbarkeitsbedingungen analysieren bzw. festlegen
- „Dialog für Sachsen“ als Methodenvielfalt sollte in die Gliederungen getragen werden
- Begriff „Gesinnungsorganisation“: Begriff formal richtig, ist in einer Partei aber etwas kompliziert
- im „Dialog für Sachsen“ wurde die Strategie entwickelt, wie wir nach außen kommunizieren; nicht z.B. wo über die Listenaufstellung gesprochen wurde
- Unzufriedenheit war, dass das Projekt mit Wahlkampfbeginn scheinbar abrupt abgebrochen wurde

Abstimmung: **einstimmig beschlossen**

#### Vorbereitung TOP 5

- Soll eine geschlossene Diskussion stattfinden?
- bei Klausuren ist es üblich, dass nur LaVo-Mitglieder /LaRa-SprecherInnen anwesend sind
- Klausuren sind keine öffentlichen Sitzungen
- GO-Antrag: geschlossene Sitzung herstellen, zur Beratung
  - Gegenrede: der TOP hat keinen internen Charakter
  - Fürrede: der TOP ist essentiell und hat jetzt gerade personellen Charakter durch Anwesenheit; deswegen sollte eine Klausur-Atmosphäre hergestellt werden

Abstimmung: mehrheitlich, bei 2 Gegenstimmen und 5 Enthaltungen **angenommen** → geschlossene Sitzung zum Thema „geschlossene Sitzungen“

Ergebnis: Definition/Aufnahme „geschlossene Sitzungen“ in GO wird auf der nächsten Beratung behandelt (Arbeitsplan 2015)

Abstimmung ob Marina Brandt am TOP teilnehmen soll → viele dafür /3 dagegen /3 Enthaltungen nimmt teil

#### **TOP 5 – Positionierung des LaVo zum Archiv (DS 4 – 219)**

- hier findet eine Sitzung mit Gästen Marina Brandt und Dieter Karich statt
- Thema wurde seit langem geschoben
- Sachsen ist der einzige Landesverband, der noch nicht das landeseigene Archiv dem Archiv des demokratischen Sozialismus übergeben hat
- es geht um die prinzipielle Entscheidung, die Entscheidung der Räume und die Vernichtung der alten SED-Lohnunterlagen
- Handlungszeitraum: bis 31.12.2015
- größter Teil des sächsischen Archivs ist der Teil SED-Lohnunterlagen; die gesetzliche Mindestlagerungsfrist ist seit 2 Jahren abgelaufen
- kleinerer Teil ist der Buchhaltungs-Bestand des Landesverbandes

aus der Diskussion:

- Können die Leute ihre Lohnunterlagen bekommen? → wir erreichen die Leute praktisch nicht; der Aufwand ist ehrenamtlich nicht umsetzbar; Leute wurden mehrfach informiert, sich um ihre Rentenansprüche zu kümmern
- teilweise Leute betroffen, die nur kurze Zeit bei der Partei angestellt waren
- Archiv des Landesverbandes Sachsen existiert seit 1989
- Archiv umfasst 30 laufende Meter, weitestgehend erschlossen, +20 laufende Meter erschlossenen Materials; beinhaltet auch Material aus den Städten und Kreisen
- Rosa-Luxemburg-Stiftung bewertet den Inhalt des Archivguts auf Verwahrung
  - eine Bewertung ist sehr sinnvoll
  - im Vertrag sollten die „Runden Tische“ besonders beachtet werden
  - wir wirken auf maximale Verwahrung hin
- Archiv bekommt Anfragen z.B. von StudentInnen und Hochschulen (ca. 4-5 Personen pro Monat mit 5-6 Anfragen)
- wichtig ist ein gut abgeschlossener Vertrag (Was übergeben wir? Wie kommen wir an Informationen ran, wenn wir die brauchen?)
- Archivübergabe erst Ende 2015
- liebgezwonnene Geschichten (wie der Archiv-Beschluss von 1990) sollten aber immer reflektiert werden; beim Archiv gibt es die Möglichkeit, das Material gut zu erhalten
- LaVo soll sich mit der Zukunft des Archivs befassen:
  - Warum wurde 1990 der Beschluss zum Archiv überhaupt gefasst? → Analyse der linken Politik im Landesverband mit und ohne Regierungsbeteiligung
  - Wie viel Material der letzten Jahre heben wir auf?
  - diese Fragen sollen vorab mit dem Archiv des demokratischen Sozialismus geklärt werden
  - es ist nicht die Frage, wo wir unser Material erhalten, sondern dass wir es erhalten
- Ziele des Beschlusses:
  - Archiv-Räume sollen bis Ende 2015 aufgelöst werden
  - Material soll nach Berlin gegeben werden
  - Material, was das Archiv des demokratischen Sozialismus nicht übernimmt, wird dann noch vom Landesvorstand entschieden
- Vorschlag Änderungen/Ergänzung des Beschlusses
- Marina Brandt stellt einen Bestandsnachweis des Archivs zur Verfügung

Abstimmung zu den Änderungen /Ergänzungen:

1. Der Landesvorstand beauftragt die Landesgeschäftsführerin und den Landesschatzmeister, die derzeit im Archiv des Landesverbandes vorhandenen Unterlagen an das Archiv des demokratischen Sozialismus zu übergeben, mit der Zielstellung 31.12.2015.
2. Der Landesvorstand beauftragt die Landesgeschäftsführerin und den Landesschatzmeister, regelmäßig über die Entwicklung im Pkt. 1 und Vertragsgestaltungen vor Unterzeichnung zu informieren.
3. Der Landesvorstand erarbeitet, nach Rücksprache mit dem Archiv des demokratischen Sozialismus, zusammen mit der Archivarin des Landesverbandes, Regelungen zum Umgang und Verbleib der neueren Unterlagen des Landesverbandes.

Abstimmung: → **einstimmig angenommen**

Abstimmung:

Die Aufbewahrung der Lohnunterlagen hauptamtlicher Mitarbeiter der SED wird zum 31.12.2015 beendet. → **einstimmig angenommen**

**TOP 6 – Mitgliederentwicklung im Landesverband (Austritte wegen Unrechtsdebatte  ggf. auch mit Kreisvorsitzenden besprechen) (DS 4 – 227)**

- dies ist nicht die übliche Übersicht der Mitgliederentwicklung – Thema kam wegen „Unrechtsstaatsdebatte“ auf
- Informationen mit Verzug eingetroffen, da Verzögerungen im Mitgliederprogramm → noch nicht vollständig
- ausführliche Untersuchung von Dieter Karich:
  - kaum andere Entwicklung von Austritten gegenüber den Vorjahren



- 8 Austritte durch „Unrechtsstaatsdebatte“, wobei unklar, ob Hauptgrund oder einer von mehreren Gründen und dann Auslöser
- einige Austritte durch Bereinigungen

aus der Diskussion:

- bei nicht-bekanntem Austritten, können da auch „Unrechtsstaatsdebatten“-Austritte sein?
  - wie ist bei den „Unrechtsstaatsdebatten“-Austritten die Alterszusammensetzung?
  - die meisten Austritte sind nicht mit politischem Hintergrund
  - die meisten Austritte aus politischen Gründen kommen häufig nicht auf Landesebene an
  - interessant auch die relativen Austrittszahlen
  - Bereinigung von Nicht-ZahlerInnen findet häufiger statt; dürfen nur nach Kreisvorstandsbeschluss stattfinden
  - Umgang mit Austritten durch „Unrechtsstaatsdebatte“:
    - enge Rückkopplung mit betroffenen Kreisverbänden und betroffenen Personen
    - Antje und Stefan sind durch Ortsverbände gereist
    - Rosa-Luxemburg-Stiftung hat Veranstaltungsreihe durchgeführt
    - wichtiges Signal ist, dass das Thema ernst genommen wird
  - wir haben alle paar Jahre eine Identitäts-Debatte um das Thema DDR
  - wichtiges Thema für viele GenossInnen
  - die hohen Wellen der Debatte konnten geglättet werden; Debatte sollte als unser politisches Erbe weiter geführt werden
  - die Austritte fangen nicht die Eintritte auf (schon gar nicht die Sterbefälle)
  - EhepartnerInnen treten beim Tod der/des Partners/in auch aus
  - Wie ist das Saldo durch Zu- und Wegzug? → ist ausgeglichen; Volumen: ca. 18 Personen insgesamt pro Jahr
- Die Kreisverbände werden gebeten, bei bekannten Austrittsgründen diese im Mitgliederprogramm zu vermerken.

**TOP 7 – Finanzen 3. Quartal / Finanzen auf Landes- und Bundesebene für 2015 und darüber hinaus / Personalplanung im Landesverband / Tarifverhandlungen (DS 4 - 225)**

Tarifverhandlungen:

- finden ab 27.11.2014 statt
- Forderung der AN-Tarifkommission: 5,5 % mehr Lohn
- AG-Tarifkommission hat beschlossen, kein Angebot vorzulegen

aus der Diskussion:

- Mitgliederentwicklung und -durchschnittsbeitrag sind rückläufig
- Partei sollte hart bleiben, Inflationsausgleich denkbar
- klingt in Ohren von Mitgliedern ketzerisch, die sich für gerechter Löhne in der Gesellschaft einsetzt
- Gibt es Gedanken zur Veränderung der Personalstruktur? → sind abhängig vom Verhandlungsergebnis
- Gibt es Gedanken zur Stundenlohnerhöhung durch Arbeitszeitverkürzung? → alle MitarbeiterInnen haben 30 Urlaubstage, 9 Blocktage und 2 Behördentage und bei Aushandlung 5 zusätzliche flexible Arbeitstage
- die Realität an Arbeitszeitbelastung in der Landesgeschäftsstelle macht Arbeitszeitverkürzung absurd
- die MitarbeiterInnen in Sachsen haben die letzten Wahlkampf-Jahre nur sehr wenig Urlaub gemacht
- Stechkarten-Prinzip funktioniert nicht in der Partei, da die Mitarbeiter/innen weit mehr als über die „Stechkarte“ arbeiten
- die einzelnen Regelungsschrauben sind die Posten „politische Arbeit“ und „Wahlkampf-Fond“, letzter nur so gefüllt, die regulären Wahlen durchzuführen
- Vorschlag: MitarbeiterInnen von Bundestagsabgeordneten müssen die Möglichkeit haben, ehrenamtlich zu arbeiten
- DIE LINKE ist kein Unternehmen, dennoch sollte die Partei nicht von „Arbeitgebern“ und „Arbeitnehmern“ reden, sondern von „Beschäftigten“ oder „Mitarbeitern“
- auch MitarbeiterInnen haben einen ehrenamtlichen Arbeitsanteil

- man sollte auch über die Mandatsträgerbeiträge sprechen

#### Parteifinanzen:

- „Bundestagswahlkampf“ bezieht sich generell auf „Wahlkämpfe 2013/2014“
- Ausgaben für Veranstaltungen und Öffentlichkeitsarbeit trotz Wahlkampf überzogen
- Ausgaben für Anschaffungen wurden durch IT-Umstellung überzogen
- Einnahmen sind im Bereich von Spenden gestiegen
- SEPA-Umstellung hat im Saldo zu Mehreinnahmen geführt, sowie zu mehr Lastschriftinzügen der ehemaligen BarzahlerInnen

#### aus der Diskussion:

- Wir sollten 800.000 Euro aus dem Wahlkampffond bekommen und haben nur 700.000 entnommen. Bekommen wir noch mehr? → ja, ca. 40.000 Euro; es sind aber keine 100.000 Euro Differenz, da wir eigentlich nur 740.000 Euro aus dem Wahlkampffond hätten einplanen dürfen
- staatliche Zuschüsse sinken für den zentralen Wahlkampffond
- Parteivorstand lebt nur von staatlichen Zuschüssen
- Parteivorstand hat West- und Ost-Landesverbände mit Teiltransfer (Länderfinanzausgleich) unterstützt; das geht aber zurück
- wenn in Ost-Landesverbänden 40.000 Euro fehlen, ist das bedenklich; wenn in West-Landesverbänden 40.000 Euro fehlen, ist das arbeitsgrundlagen-gefährdend
- Widerspruch: einzelne Landesverbände-West haben über ihre Verhältnisse gewirtschaftet; Grundausstattung ermöglichen ja, aber übertriebene-Transfers überdenken
- einzelne West-Landesverbände haben guten Aufbau erlebt, andere weniger; man muss überprüfen, dass Geld transferiert wird, wo es sinnvoll genutzt wird
- das kann man aber erst im Nachhinein überprüfen
- es zählt nicht nur die Anzahl Mitglieder->MitarbeiterInnen, sondern auch WählerInnen->MitarbeiterInnen, wobei der Großteil der WählerInnen aus dem Osten kommen
- das ist historisch gewachsen und weder Leistung von uns, noch Schaden durch West-Landesverbände
- Personalkosten sind auf Landesvorstands-Ebene der größte Posten
- Personalkosten sind auf Landesverbands-Ebene bei 1/3
- Landesverband Sachsen trotz seiner Größe bei Personalkosten unter dem Ost-Durchschnitt
- wenn das so ist, dann sollte überlegt werden, ob wir Transfers an Landesverbände (deutlich über dem Personalkosten-Durchschnitt) gutheißen oder ob wir das Geld für unser Personal verwenden
- die MitarbeiterInnen der Landesgeschäftsstelle sind im Verhältnis zur Arbeitsleistung ihr Geld wert
- Wie viel Geld wandert von der Bundesebene in die West-Landesverbände?
- frühere Frage: Sollen MdBs und MdLs parallel ein Parteigehalt bekommen? die Verneinung hat uns viel Geld eingespart
- kurzer Zuwachs von Mehreinnahmen auf Bundesebene hat zu mehr Personalkosten geführt; auf Landesebene konnte das verhindert werden
- man sollte solidarisch mit anderen Landesverbänden sein; aber es gab mal die Idee, dass die Transferleistungen an konkrete Planungen / Auswertungen gebunden sind
- es gab früher einen Länderfinanzausgleich nur zwischen Ländern (ohne Beteiligung von Bundesebene); da konnten Landesverbände Zielvereinbarungen verhandeln; Länderfinanzausgleich jetzt sind nur Bundesmittel, demzufolge dortige Entscheidungskompetenz
- es sollte kein Finanzkrieg Ost-West geführt werden; dennoch sollte Verlässlichkeit bei der Verwendung sichergestellt sein
- wir als Sachsen sind mehr als solidarisch, auf 40.000,00 € zugunsten anderer zu „verzichten“. Das stellt uns vor erhebliche Herausforderungen.
- es wäre gut, wenn der Bundesfinanzrat die Gelder nicht einfach ausschüttet, sondern Mittel für konkrete Zwecke zuweist
- man muss in Erinnerung behalten, dass wir gut gehaushaltet haben und werden deshalb nicht als „unterstützungswürdig“ angesehen

#### Personal:

- 2014 Abgang von 2 MitarbeiterInnen (anderer Arbeitgeber, -1 Buchhalterin)

- 6,5 MitarbeiterInnen in WaFa
  - 1 Buchhaltung
  - 1 Veranstaltung Wahlen
  - 1 Doku / Gremienarbeit
  - 1 Kreisverband
  - 1 ÖA
  - 1 Technik / IT
  - 0,5 Juko
- Lars Kleba wieder in Berlin

Mitte 2015: Dieter Karich in Ruhephase Altersteilzeit (bisher ist die Stelle noch in der Planung)

- MitarbeiterInnen-Klausur zur Beratung bzgl. Umstrukturierungsmaßnahmen nach Dieters Einstieg in die Ruhephase der Altersteilzeit

### **TOP 8 – Bestätigung der Niederschrift vom 17.10.2014**

#### Änderungswünsche:

4.6. Tilman Loos: „Ort Sayda“ → Niederschrift einvernehmlich bestätigt.

### **TOP 9 – sonstige Anträge**

#### **Erklärung zur Unrechtsstaatdebatte (DS 4 – 220):**

- es gibt intensiven Debattenbedarf
- ReferentInnen stehen bereit, auch wenn in Vorbereitung des Zukunftskongresses Auslastung höher ist (Grundsatzkommission)
- je nach Gegebenheit Protokollierung sinnvoll, wenn jemand vor Ort ist
- wäre gut, wenn die Diskussion über die Landeszeitung weitergeführt wird
- aufpassen, dass wir wichtige (tages-)aktuellen Themen nicht in den Hintergrund fallen lassen
- legitime Staatsgründung historisch beachten
- die Verfassungsabstimmungen der DDR sollten beachtet werden; sowie Verfassungstheorie und –praxis
- es ist die Frage, welche Position wir zu dem Thema haben, welche ReferentInnen wir vor Ort schicken, wie deren inhaltliche Positionen sind
- Grundsatzkommission hat das besprochen; ein offener Diskussionsprozess wird angestrebt
- Begrifflichkeit: ReferentInnen ersetzen durch GesprächspartnerInnen
- nicht nur den einen Halbsatz zu „Unrechtsstaat“ verwenden, sondern den ganzen Absatz, um den Zusammenhang erkennen zu lassen (sowie den Folgeabsatz)
- vor 5 Jahren wurde 20 Thesen zum „Herbst 89“ beschlossen, die immer noch gelten
- es sollte vermieden werden, eine Positionierung gegen DIE LINKE. Thüringen aufzubauen
- es kann sein, dass man zu „Unrechtsstaat“ eingeladen wird und bei „rote Haltelinien“ endet

#### Änderungen von AntragsstellerInnen übernommen:

- „Darüber hinaus wird in der Präambel fortgeführt:“ dann die zwei Folgeabsätze der Koalitionsvereinbarung
- „GesprächspartnerInnen“ statt „ReferentInnen“

Abstimmung: **einstimmig beschlossen**

#### **31. Chaos Communication Congress (DS 4 - 222):**

- über Europa hinaus bekannt
- aktuelle Entwicklungen Sicherheit / Überwachung
- 1.290 Euro sind vor dem Hintergrund der Finanzlage etwas viel; prinzipielle Unterstützung ist aber ok
- Änderungsvorschlag: max. 900 Euro (abzgl. der Summe, was andere Strukturen dazulegen)
- es gibt eine Dreiteilung der Kosten (LaVo, LAG Bürgerrechte und Demokratie, Linksjugend)
- der Zusatz sollte weggelassen werden

- neuer Änderungsvorschlag: max. 860 Euro (ohne Zusatz)
- auch Nicht-Partei-Mittel sollten akquiriert werden
- in LaVo-Verantwortung sollten 2 Leute stehen, die damit politisch arbeiten; nicht aber 8 Leute

Abstimmung Änderungsantrag:

- 2 TeilnehmerInnen unterstützen (860 EUR) → mehrheitlich dafür / 1 dagegen / 1 Enthaltung **angenommen**

Schlussabstimmung: → mehrheitlich dafür / 1 dagegen / 0 Enthaltungen **beschlossen**

**TOP 10 – Vordiskussion – Die AfD – Umgang mit ihr und weitere Diskussion zur Einordnung**

- Papier ist nicht geeignet, um über die AfD selbst zu reden, sondern um den Umgang mit der AfD
- Gespräch mit Horst Kahrs, Volkmar Wölk und Kerstin Köditz haben stattgefunden
- Fraktion hat eine Diskussion durchgeführt
- geplant: Übereinkunft, nicht mit der AfD zusammenzuarbeiten; Anträge nicht zu unterstützen, etc.
- Problem: Kreisvorsitzende sagen, dass AfD-Kommunalabgeordnete nicht mit ‚dem NPD-Mitglied‘ zu vergleichen ist
- Handlungsvorschläge: die AfD weiter beobachten, aber keine gemeinsamen Anträge zu initiieren
- Änderung „schnell“ in „schnellstmöglich“
- bereits praktische, inhaltliche Probleme beim Umgang mit der AfD

aus der Diskussion:

- ungern Vermischung mit der Regionalprinzip-Arbeitsgemeinschaft; Handlungsvorschläge sind in der Sache richtig und sollten beschlossen werden; das ‚Beobachten‘ passiert ohnehin jetzt schon
- Probleme im Landesverband: es gibt linke Kreistagsfraktionen, die angekündigt haben, mit der AfD zusammenzuarbeiten, um Mehrheiten gegen die CDU aufzubauen
- es wäre fatal, keine Position zur AfD zu beziehen; ein Zeichen auch in die Kreisverbände geben
- die AfD kann man nicht wie die NPD behandeln; die AfD hat nicht das Nazi-Label
- bei den Handlungsvorschlägen ist schwierig die AfD-PolitikerInnen zu beurteilen und auf rechtspopulistische Äußerungen/Einstellungen zu überprüfen
- unsere KommunalpolitikerInnen sind nicht in der Lage, das objektiv zu beurteilen
- der Punkt ist relevant für Menschen, die Leute kennen, die nun in der AfD sind
- es ist nicht meine Aufgabe, den Menschen zu überprüfen, sondern AfD-ler vor Ort
- die Druckvorlage sollte morgen beschlossen werden, da wesentlich entschärfter, aber dennoch sinnvoll ist
- AfD stellt uns inhaltlich vor größere Aufgaben als die NPD
- bei Montagsdemos in Dresden stehen u.a. AfD-ler dahinter
- die AfD hat fremdenfeindlichen, nationalistischen Hang und verwendet teils völkische Begriffe
- aus unserer Programmatik heraus, sollte man klarstellen, dass wir nicht mit der AfD zusammenarbeiten können
- schwierig ist, dass mit bestimmten Personen schon zusammengearbeitet wurde, als sie noch in anderen Parteien waren
- man sollte sich auch strategisch überlegen, was wir machen, wenn wir als einzige ausdrücklich ausschließen, mit der AfD zusammenzuarbeiten
- die Außenwerbung der AfD ist jetzt nicht anders als die der NPD unter Holger Apfel
- Mitgliedschaften in einer Partei sagen etwas über die inhaltliche Zugehörigkeit von AfD-lern aus
- zu überprüfen sind die Zielstellung und der Erfolg der Methoden gegen die AfD
- Welche Unterschiede gibt es zwischen dem Fraktionspapier und der Drucksache?
- die Drucksache sollte inhaltlich behandelt werden
- „AfD handelt gegen Interessen vieler Menschen“ sollte man rausnehmen
- „AfD darf für Öffentlichkeit, Medien und Politik kein normaler“ sollte man rausnehmen
- „... sollte in politische Isolierung enden“ sollte man rausnehmen
- es sollte an einer Ent-Mythologisierung der AfD geben
- es ist einfach, den Umgang mit der AfD prinzipiell abzulehnen, aber nicht vor konkreten Entscheidungen auf kommunalpolitischer Ebene zu stehen
- bei AfD gibt es keine Programmatik, sondern nur Eckpunkte und Wahlkampf-Programme

- 10 Jahre lang gab es nur eine Gegenrede gegen NPD-Anträge von Opposition und eine von Regierung
  - inhaltliche Auseinandersetzung mit AfD kann Möglichkeit bieten, die CDU zu einer Positionierung zu zwingen
  - unlogisch, warum wir uns gegen eine AfD nicht positionieren, gegen eine AfD, die sich bisher deutlich positioniert hat
  - Rassismus entsteht am Rand der Mitte, in Autohäusern und Bäckereien; dass macht die AfD gefährlicher als die NPD
  - extrem unwahrscheinlich, dass sich die AfD wieder links der CDU bewegt; man kann diese Partei also sehr wohl jetzt einschätzen; wenn sie sich wieder ändert, kann man neu einschätzen
- Tendenzabstimmung der Kreisvorsitzenden zu „Das schließt mit ein, dass unsere Fraktionen ..... abgelehnt werden“ → dafür: 6 / dagegen: 3 / Enthaltungen: 2
- Abstimmung über Streichung in Pkt. 2: „Wir empfehlen zu prüfen, ob sich die einzelnen....der AfD distanziert haben.“ → dafür: 2 / dagegen: 8 / Enthaltungen: 4 abgelehnt
- Abstimmung über Einfügung in Punkt 3: „Anträgen der AfD sollte grundsätzlich nicht zugestimmt werden“ → dafür: 1 / dagegen: 11 / Enthaltungen: 3 abgelehnt

**TOP 10 – Personalentscheidung geschlossene Sitzung DS 4 – 218**  
Mehrheitlich bei einer Enthaltung beschlossen.

f.d.R.

Dresden, 15. November 2014



Antje Feiks  
Landesgeschäftsführerin